



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

χ. ρ.: Vom preußischen Landtage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Pflichten hat, ist noch lange nicht in succum et sanguinem unfres Volkes gedrungen.

Nun, eine ernste Lehre ist uns gegeben. Noch ist es Zeit, daß wir sie nützen. Drei Jahre zur Arbeit sind uns wieder als Frist gesteckt. Die Gegner werden, durch den unleugbaren, ihnen selbst unerwarteten Erfolg, den sie errungen, ermuthigt, diese wohl anwenden. Thun wir ihnen nicht gleich, dann haben wir bei der nächsten Reichstagswahl keinen Grund zur Klage, wenn wir Andere an dem Platze sehen, auf den wir Unrecht zu haben glaubten.

— p. r.

## Vom preußischen Landtage.

Berlin, 11. Februar.

Fast eine ganze Woche noch hat das Abgeordnetenhaus auf den Stat des Ministeriums des Innern verwandt. Schwerlich wird Jemand behaupten wollen, daß das Land mit Befriedigung auf diese Verhandlungen blicken könne. Der Ton, welchen das Centrum in die Debatte einzuführen bemüht ist, wird immer bedenklicher. Die ultramontanen Herren benutzen die Privilegien der parlamentarischen Tribüne, um das Werk der Volksbethörung, soweit sie es in ihren Massenversammlungen ungestört nicht vermögen, zu vollenden. Herr Windthorst wirft dem Minister Ausdrücke wie „Unwissenheit“, „Kinderei“ u. s. w. an den Kopf, ermahnt die gesammte katholische Jugend, um keinen Preis in den Staatsdienst einzutreten, nennt die Maigesetze „bloße Willkürmaßregeln.“ Was kümmert ihn der Ordnungsruf des Präsidenten! Ist die Brandrede einmal ins Land hinausgeschleudert, so kann man solche Censur getrost einstecken. Noch widerlicher treiben es die kleineren Geister der Partei, die Schröder-Lippstadt, die Röckerath und wie sie sonst heißen. An der welfischen Excellenz ist wenigstens noch ein Rest von staatsmännischem Anstand haften geblieben; die Kleonnaturen, welche ihm sekundiren, schwelgen im schrankenlosen Cynismus. Man kann nicht verkennen: es ist Methode in diesem Verfahren. Warum auch nicht? Wenn man es darauf angelegt hat, den Staat zu ruiniren, warum sollte man nicht diejenige Institution des Staates, auf welche man den größten Einfluß hat, die parlamentarischen Versammlungen, am ersten zu Grunde richten wollen!

Die Herren vom Centrum berufen sich darauf, daß sie das Parlament zur Kundgebung ihrer Beschwerden benutzen müssen, weil ihnen jede andere

Möglichkeit fehle, das Ohr der Regierung zu gewinnen. In der That, es stünde schlecht mit unserm Constitutionalismus, wenn dieses Recht irgend einer Minoritätspartei von der Majorität der Volksvertretung verkümmert würde. Aber was die Majorität verlangen kann und verlangen muß, ist, daß die Beschwerden basirt seien auf gesetzlicher Grundlage, und daß ihr Thatbestand unanfechtbar klar sei. Die große Mehrzahl der ultramontanen Querefen ist entweder direkt gegen zu Recht bestehende Gesetze gerichtet, oder sie bezieht sich auf Vorgänge, welche noch nicht genügend aufgeklärt sind und jedenfalls nicht vom Plenum des Abgeordnetenhauses in ihrem wahren Wesen und Zusammenhange sofort erklärt werden können. Was Wunder, wenn auch den Nachsichtigsten über solch nutzlose Zeitvergeudung endlich die Geduld reißt! Obendrein steht der Reichstag vor der Thür; die Zeit drängt, wenn man nicht alle Unannehmlichkeiten eines Nebeneinandertagens der beiden Parlamente aufs Neue kosten will. Da war denn Lasker wahrlich vollauf berechtigt zu dem Vorschlage, durch Zuhülfenahme von Abend Sitzungen die Arbeiten zu beschleunigen. Daß das Centrum aus Leibeskraften opponirte, verstand sich von selbst; aber schärfer womöglich noch, und unter Anrufung aller Grundsätze des Rechtsstaats, eiferte Herr Eugen Richter gegen den Vorschlag. Natürlich, wenn man den Ultramontanen seinen Reichstagsitz verdankt, so hat man gewisse Verpflichtungen! Wir hoffen indeß, die Majorität wird sich durch all dies Gezeter nicht abhalten lassen, zu thun, was das Wohl des Landes, das Interesse der parlamentarischen Geschäfte und nicht zuletzt die Würde der Volksvertretung erheischt.

Im Uebrigen hat Niemand mehr Grund, mit der Kampfweise des Centrums zufrieden zu sein, als der Minister des Innern Graf Eulenburg; denn ganz von selbst werden dadurch die Angriffe, denen er von Seiten der Liberalen ausgesetzt ist, auf das Minimum beschränkt und treten in den Hintergrund. Er hat im Grunde nur einen ernsthaften Strauß von dieser Seite zu bestehen gehabt, in der leidigen Frage der Ausdehnung der Verwaltungsreform auf Rheinland und Westphalen. Bekanntlich hat diese Angelegenheit schon im vorigen Jahre viel Staub aufgewirbelt. Die Regierung hielt die Einführung der neuen Selbstverwaltungsgesetze in diese Provinzen, solange der Conflict zwischen Staat und Kirche andauert, nicht für opportun; die Mehrheit des Hauses, zusammengesetzt aus der großen Majorität der liberalen Parteien und dem Centrum, war entgegengesetzter Ansicht. Ein kleiner Theil der liberalen Seite aber, an der Spitze v. Sybel, stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, und es wurde sogar behauptet, daß die letztere erst durch die Vorstellungen Sybels sich habe bestimmen lassen, den bereits fertiggestellten Entwurf einer Kreisordnung für Rheinland = Westphalen wieder bei Seite zu legen. Dieselbe

Constellation wiederholte sich, als die Frage jetzt gelegentlich des Stats zur Sprache gebracht wurde. Niemand wird bestreiten, daß von beiden Seiten gewichtige Gründe vorgebracht werden. Doch scheinen uns die Befürchtungen des Herrn v. Sybel übertrieben. Wenn die große Mehrheit der rheinischen Bevölkerung sich von dem Alerus an die Wahlurne treiben läßt, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß sie auch in der Verwaltung der Communeangelegenheiten nach seiner Pfeife tanzen werde. Die Ansicht Miquels verdient schwerlich den Vorwurf des Optimismus, daß das Zusammenarbeiten gerade auf diesem Gebiete die Parteigegensätze weit eher mildern, als verschärfen werde. Auf alle Fälle aber dünkt uns, daß die Hegerei, welche die ultramontane Partei mit der Verweigerung der Kreisordnung treibt, viel gefährlicher ist, als der Machtzuwachs, welcher ihr durch die Gewährung der Kreisordnung vielleicht verschafft werden könnte.

Der erregteste Kampf der Woche knüpfte sich an die Ausgaben für die geheime Polizei. Graf Eulenburg gerieth von Neuem ins Kreuzfeuer zwischen Centrum und Fortschritt. Nach beiden Seiten blieb er nichts schuldig. Etwas gar zu gewagt war freilich sein Versuch, den Ultramontanismus für das Emporkommen der Sozialdemokratie in Deutschland verantwortlich zu machen; unseres Erachtens thäte die Regierung überhaupt gut, bei der Erörterung der Entstehung unserer heutigen Sozialdemokratie sich des Wortes vom Wohnen im Glashause zu erinnern. Die fulminante Erwiderung, welche Herr Windthorst für den Minister in petto hatte, wurde aber arg durchkreuzt durch eine Rede Wehrenpennigs, welcher treffender als je die revolutionäre Tendenz des Ultramontanismus darlegte und das frivole Coquettiren und Cooperiren desselben mit dem Sozialismus brandmarkte. Herr Windthorst bemühte sich nun, der Welt die wahre Stellung seiner Partei zur Sozialdemokratie zu offenbaren. Wer ihn hörte, mußte glauben, daß vor ihm kein Mensch weder das Wesen der Sozialdemokratie noch die richtigen Mittel zu ihrer Bekämpfung gekannt habe. Eigene Aufschlüsse über dies Wesen und diese Mittel aber vermied er wohlweislich. Und so war die ganze Rede mit ihrer erkünstelten Sentimentalität, mit ihren demagogischen Phrasen und mit ihrem — ganz gewöhnlichen Geschimpfe lediglich eine Bestätigung jenes Coquettirens und Cooperirens.

Erledigt wurde neben dem Etat des Ministeriums des Innern der Gesetzesentwurf wegen Umwandlung des Berliner Zeughauses in eine Ruhmeshalle für die preussische Armee. Natürlich spielte auch hier wieder der Kulturkampf, diesmal mit specifisch welfischer Färbung, die Hauptrolle. Wie eine erquickende Dase inmitten dieser wüsten Wuthausbrüche muthete eine echt patriotische Rede Virchow's an. Sie erinnerte an das Wort des alten Ziegler in den bangen Tagen vor der Entscheidung von 1866: „Das Herz der preussischen Demokratie

ist da, wo die preußischen Fahnen wehen!“ Die großen Geister à la Richter, Parisius und Genossen sind über dergleichen Schwächen freilich erhaben; Arm in Arm mit den Ultramontanen stimmten sie gegen den Gesetzentwurf, freilich ohne demselben zu schaden.

Wie sehr übrigens die Majorität des Abgeordnetenhauses geneigt ist, selbst Kulturkampfbeschwerden, wenn sie sachlich vorgetragen werden, auch sachlich zu behandeln, bewies die Debatte über einen Antrag Reichenspergers, welcher die Regierung aufforderte, die von dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz auf Grund des Gesetzes über die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln an die römisch-katholischen Bischöfe u. s. w. angeordnete Beschlagnahme der linksrheinischen Pfarrdotalgüter einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Die Frage ist, ob diese Güter Eigenthum des Staates oder der Kirche sind. Von Seiten der letzteren ist der Rechtsweg beschritten worden; die Regierung ihrerseits aber hat dagegen den Kompetenzkonflikt erhoben. Dies wurde jedoch auch von den nationalliberalen Rednern mißbilligt, und auf Vorschlag Lasfers wurde der Reichenspergersche Antrag an die Justizcommission verwiesen, damit diese prüfe, ob die Anrufung des Kompetenzgerichtshofes in dieser Angelegenheit nicht etwa einer Versperrung des Rechtsweges gleichkomme.

Am letzten Tage der Woche kam der Etat der Eisenbahnverwaltung zur Discussion. Ein Antrag, die Regierung aufzufordern, die aus Anlaß des Bundesrathsbeschlusses vom 11. Juni 1874 eingeführten Gütertariferhöhungen im ganzen Umfange aufzuheben und die desfallsige den Privatbahnen ertheilte Ermächtigung zurückzuziehen, wurde nach lebhafter Debatte und unter dem Widerstreben des Handelsministers der Budgetcommission überwiesen. Man hofft, dadurch auf die soeben hier zusammentretende Tarifconferenz einen Druck auszuüben. Ob mit Erfolg, wird sich ja bald genug zeigen. Schätzenswerth ist die Erklärung des Handelsministers, daß das Reichseisenbahnprojekt keineswegs aufgegeben sei, sondern nur mit den Schwierigkeiten langwieriger Erhebungen zu kämpfen habe. —

Auch das Herrenhaus ist am Beginn der Woche endlich in seine Thätigkeit eingetreten. An zwei Tagen hatten sensationelle Gegenstände eine außergewöhnlich zahlreiche Zuschauerschaft auf die Tribünen gelockt. Das eine Mal handelte es sich um eine Interpellation des Grafen Schulenburg-Beetzendorf wegen des Welfenfonds, das andere Mal um eine Petition der Herren von Dieft und Genossen, den bekannten Eisenbahnuntersuchungsbericht zur Verhandlung zu bringen. In beiden Fällen war es von den Urhebern auf eine große Attaque gegen das bestehende Regierungssystem abgesehen, in beiden Fällen endete der Ansturm überaus kläglich.

Gute Arbeit hat das Herrenhaus in dem Gesetzentwurf über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst gemacht. Die einzige wesentliche Controverse, welche zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus über diese (im vorigen Jahre gescheiterte) Vorlage noch vorhanden ist, besteht darin, ob die Regierung bei der Auswahl der Landräthe aus gewissen Kategorien an die Vorschläge der Kreistage gebunden sein soll oder nicht. Das Herrenhaus hat jetzt ein Amendement Hasselbach angenommen, welches diese Frage bejaht. Leider steht aber zu befürchten, daß dieser Beschluß bei der zweiten Berathung wieder umgestoßen wird.

x. 9.

## Literatur.

Gouvernantenlieder. Herausgegeben zum Besten der deutschen Pensionskasse und des Feierabendhauses für alte Lehrerinnen von M. Wernicke.  
Berlin, Commissionsverlag von Wedekind und Schwieger, 1876.

Die Verfasserin scheint selbst als Gouvernante thätig gewesen zu sein und dabei schlimme Erfahrungen gemacht zu haben. Ihre Feder ist in Galle getaucht, ihre meist ganz hübschen Verse fließen über von Verbitterung, Verdrießlichkeit und Klagen, die bisweilen durch ihre Naivetät komisch wirken. Sonst bekundet sie ein recht artiges Talent, namentlich in der Schilderung von Naturvorgängen, Landschaften u. dergl. Von dem, was sie in Welt- und Menschenverachtung leistet, im Folgenden zwei Proben. Ein Gedicht „Wanderleben“, S. 51, beginnt:

„Herzen kalt wie Hundenasen,  
Ein verschrobener Verstand,  
Hirne ganz gemacht zum Nasen,  
Das war Alles, was ich fand,  
Überall in jedem Land.“

Weiterhin reimt sich darauf, daß das Herz ein „überflüssig Möbel“ ist, die Behauptung: „In der Welt ist Alles Böbel“, und später folgt als Schluß einer „Reisebetrachtung“ die Moral:

„Viel Herrliches ist in Italien,  
Viel Schönes im Deutschen Reich —  
Die Menschen sind darum nicht besser,  
Die Sorgen sind überall gleich.“